

Wählen gehen? – Wählen gehen!

Das Heer der NichtwählerInnen ist riesig und nimmt augenscheinlich zu. Politikverdrossenheit macht sich weiter breit, weil die Regierenden ihre Wahlversprechen nicht einhalten und damit Politik für viele Bürgerinnen und Bürger immer mehr unglaubwürdig wird. »Die machen ja sowieso was sie wollen, wenn sie gewählt sind!«, so das pauschale Urteil über die PolitikerInnen. Doch trifft diese Pauschalisierung nicht auch die ehrlichen Seelen und die Parteien, die mit diesen Spielchen nichts zu tun haben?

Was bringt uns die Nichtwahrnehmung des Wahlrechts? Auch bei nur zehn Prozent Wahlbeteiligung sind diejenigen gewählt, die dann über die Mehrheit der Bevölkerung entscheiden und das auch mit negativen Auswirkungen für viele Menschen.

Mit Nichtwählen werden die derzeitigen Entwicklungen nicht aufgehalten: höhere Belastungen und Steuern für die Bevölkerung auf der einen Seite und unermesslicher Reichtum, Macht und Gier auf der anderen Seite. Hinzu kommen Kriege und Flucht weltweit sowie deren Folgen, auch nach Deutschland.

Also: Wählen gehen und politische Veränderungen bewirken! Aber wen wählen? Wer tut was für mich als »kleinen Mann« und vor allem: Wer steht auch nach der Wahl noch zu seinem Wort? CDU/CSU – gesponsert vom

Großkapital – füllen dessen Taschen mit Steuergeschenken, statt Profite abzuschöpfen und zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen. Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer.

Die FDP steht für die sogenannte freie Marktwirtschaft, meint aber die ungezügelt Entfaltung des Kapitals: knallhartes Profitstreben, Gier, Macht und Reichtum. Millioneneinkommen werden unzureichend versteuert. Die SPD, ihrem Namen nach sozial-demokratisch, hat die Interessen der ArbeitnehmerInnen immer mehr aus den Augen verloren und auch vergessen, dass die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze von Kleinunternehmen und vom Mittelstand geschaffen werden. Dafür sitzen dann ehemalige Mitglieder der Bundesregierung – bis hin zu einem Bundeskanzler der SPD – in Aufsichtsräten von Großkonzernen. Der SPD-Außenminister sorgt entgegen großspuriger Ankündigungen für die größten Rüstungsexporte der Bundesrepublik aller Zeiten. Angebliche Friedenssicherungen in anderen Ländern entpuppen sich regelmäßig als Destabilisierungsfaktor.

Die Grünen – groß geworden mit Umwelt-Themen – streiten sich nunmehr mit der FDP um die Gunst der wohlhabenden Mittelschicht. Die AfD ist Sammelbecken für NationalistInnen, Rechtsradikale und Unzufriedene, die auf markige Sprüche und Populismus hereinfallen.

Der Einsatz der LINKEN im Bundestag für die soziale Absicherung besonders der einfachen Menschen, ihre Bemühungen um die Reduzierung von Rüstung und Rüstungsexporten, ihre Forderung nach Abzug aller Bundeswehrangehörigen aus fremden Ländern, ihr Wille zur Reichensteuer und für mehr Gerechtigkeit lässt DIE LINKE zu einer wählbaren Alternative werden, die eine dauerhafte Zukunft des menschlichen Zusammenlebens

möglich erscheinen lässt. Sie ist die Partei, die sich in ihrer Programmatik und in ihrem Alltagshandeln eindeutig zur Bewahrung des Sozialen in dieser Gesellschaft, zur Erhaltung und Kräftigung des Sozialstaates und zur Förderung der Solidarität im Zusammenleben der Menschen engagiert. DIE LINKE setzt sich in diesem Sinn u. a. für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung ein, in der alle BürgerInnen verbindlich Mitglied sind.

Mit ihren rentenpolitischen Vorstellungen will die Linkspartei die Lebensqualität für Menschen im

Alter sicherstellen und sie vor Altersarmut schützen. Wie konkret »linke« Sozialpolitik im Land Brandenburg agiert, verdeutlichte die Sozialministerin des Landes Brandenburg, Diana Golze, auf der »Armutskonferenz« der Volkssolidarität im Juni 2017. Für BürgerInnen erlebbare »linke« Brandenburger Sozialpolitik wirkt auch auf Bundesebene.

Die Sozialpolitik der Linkspartei ist nah bei den Menschen, sie handelt in deren Interesse und zu deren Wohl – ein gewichtiger Aspekt bei der Wahlentscheidung.

Liebe Leserinnen und Leser, machen wir diese Fakten bei unseren Gesprächen mit Verwandten, Bekannten oder Nachbarn deutlich und bitten sie am 24. September zur Wahl zu gehen. Die richtige Entscheidung heißt: DIE LINKE!

Manfred Thier
Kreiswahlkampfleiter

Sonntag 24.9.
✘ Sozial.
✘ Gerecht.
✘ Frieden.
✘ Für alle.
WÄHLEN GEHEN!
DIE LINKE.



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

es ist ganz einfach. Wer eine faire Bezahlung und gute Arbeit möchte, wer keine Angst vor Altersarmut haben will, wer für eine Mindestsicherung ohne Sanktionen ist, wer die Zwei-Klassen-Medizin ablehnt und sich bezahlbaren Wohnraum wünscht, für ein Umsteuern für soziale Gerechtigkeit steht, sich für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft einsetzt und 120 Mrd. Euro in die Zukunft investieren will, wer für Abrüstung und die Bekämpfung von Fluchtursachen einsteht und die Europäische Union neu starten will, stimmt mit unserem Wahlprogramm deutlich überein und sollte seine Stimme am 24. September zur Bundestagswahl der LINKEN und ihren Kandidatinnen und Kandidaten geben. Und wer sich mit all dem vorgenannten identifizieren kann und noch kein Mitglied der LINKEN ist, kann auch noch bei uns eintreten. Ist doch alles ganz einfach, oder?

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

Anke Domscheit-Berg wurde 1968 in Premnitz im Havelland geboren, wuchs in Müncheberg, Märkisch-Oderland, auf und lebt heute in Fürstenberg/Havel in einer ländlichen Region, als Brandenburgerin mit Leib und Seele. Ihre Biographie ist typisch für eine Ostdeutsche ihrer Generation. Während der Wende engagierte sich die damalige Kunststudentin in der DDR-Opposition und engagierte sich für einen »Dritten Weg«.

Nach der Wiedervereinigung suchte sie Arbeit im Westen, studierte dort erneut, diesmal Internationale Betriebswirtschaft, auch in England, bis es sie 1998 zurück in die Heimat zog. Nach 14 Jahren bei verschiedenen Beratungs- und IT-Unternehmen machte sich Anke Domscheit-Berg 2011 als Publizistin und Beraterin selbstständig.

Sie veröffentlichte seither zwei Bücher und zahlreiche Artikel in verschiedenen Medien, u. a. als wöchentliche Kolumnistin bei der Frankfurter Rundschau und ist häufig Gast in Funk und Fernsehen, um als Expertin Fragen zu beantworten, rund um die digitale Gesellschaft, die Zukunft der Arbeit, Geschlechtergerechtigkeit oder Möglichkeiten der Demokratieverbesserung durch mehr Bürgerbeteiligung und eine transparentere Politik. 2016 gründete sie gemeinsam mit ihrem Mann, Netzaktivist Daniel Domscheit-Berg, ein Unternehmen, das einen offenen Marktplatz für Glasfasernetze anbietet. Ehrenamtlich engagiert sich Anke

Domscheit-Berg seit fast 20 Jahren für mehr Gleichberechtigung und seit zehn Jahren für eine transparentere Politik mit mehr Bürgerbeteiligung. In einer Denkfabrik der Welthungerhilfe unterstützt sie die Suche nach digitalen Lösungen, die überall auf der Welt einsetzbar sind, um Not zu lindern und die Lebenssituation von Menschen zu verbessern.

Das Innovationslabor »havel:lab« in ihrem Haus steht Bildungsprojekten für digitale Bildung zur Verfügung, z. B. für 3D-Druck-Kurse in Schüler-Projektwochen. Ihr Haus öffnete das Ehepaar auch für Geflüchtete. Mehr als ein Jahr kamen dort insgesamt etwa 40 Flüchtlinge als Gäste unter. Anke Domscheit-Berg ist nach wie vor aktives Mitglied der lokalen Willkommensinitiative, unterstützt Geflüchtete beim Bewältigen der Bürokratie, bei Arztbesuchen, Familienzusammenführungen oder Organisation und Verteilung von Sachspenden. Für ihren Heimatort ist die Zuwanderung ein Gewinn, denn zum ersten Mal seit vielen Jahren ist die Bevölkerungszahl nicht weiter gesunken.

In ihrer Freizeit strickt sie gern, zieht Gemüse im eigenen Garten und fährt gern mit dem Fahrrad durch Brandenburg. In diesem Sommer fuhr sie auch durch den Südwesten Teltow-Flämings, genoss die Skaterwege in schöner Umgebung und besuchte Initiativen, Sehenswürdigkeiten und Museen, wie z. B. das Webhaus in Kloster Zinna.

Redaktion

Heute die Weichen stellen – für eine Zukunft, die sozial und gerecht ist. Für alle!

Wir leben in einer Zeit, die als Digitale Revolution beschrieben wird. Der Begriff »Revolution« ist nicht übertrieben, denn alles wird sich verändern. Zwei Drittel der heutigen Grundschüler werden in Berufen arbeiten, die wir noch nicht kennen. Die Veränderungen werden schnell passieren, weshalb wir zügig die Weichen so stellen müssen, dass die Potenziale der Digitalisierung dem Gemeinwohl dienen. Wenn sich Arbeitsplätze durch Automatisierung verändern oder wegfallen, brauchen wir ein Recht auf lebenslange Weiterbildung aber auch ganz neue Wege, um den durch Roboter und Software geschaffenen Reichtum umzuverteilen.

Künftig wird ein großer Teil der Wertschöpfung nicht mehr über Löhne verteilt werden. Es wird aber auch bei weniger Arbeit mehr Reichtum als heute geben. Wir haben die Chance auf mehr freie Lebenszeit bei gleichzeitig mehr Wohlstand – aber nur, wenn wir kluge politische Rahmenbedingungen schaffen.

Die größte Herausforderung wird dabei die Umverteilung von Reichtum zum Wohle aller sein. Aber nur so lässt sich die Würde des Menschen auch in einer Gesellschaft wahren, in der es nicht mehr für jeden eine bezahlte Vollzeitberufstätigkeit gibt. Langfristig muss man über soziale Revolutionen wie das bedingungslose Grundeinkommen reden und auch in Deutschland Erfahrungen damit in einem Pilotprojekt sammeln. Den Kopf in den Sand zu stecken, hilft niemandem.

Ich sehe die guten Potenziale der digitalen Revolution und will dafür kämpfen, dass wir alle etwas davon haben. Kurzfristig brauchen wir eine Kindergrundsicherung und eine Mindestrente, denn niemand sollte in einem reichen Land arm sein müssen, aber ganz besonders keine Kinder und älteren Menschen. Höhere Vermögens- und Unternehmenssteuern sollten in die Zukunft investiert werden. Dazu gehört eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur, denn nur Glasfaser taugt als Lebensader der digitalen Gesellschaft. Nicht nur Unternehmen, auch Bauernhöfe, Schulen oder Behörden brauchen schnelles

Internet, um gut zu funktionieren. Für viele Menschen bedeutet ein schnelles Internet mehr Lebensqualität und mehr Freizeit, weil es oft die Voraussetzung dafür ist, auch einmal zuhause arbeiten und weniger pendeln zu müssen. Auch autonome Fahrzeuge wird es nur mit schnellem Internet geben. Im öffentlichen Nahverkehr können diese Fahrzeuge gerade auf dem Land günstige Verbindungen von Tür zu Tür bieten – ohne Haltestellen und Fahrpläne, rund um die Uhr, einfach nach Bedarf, auch als Zubringer-Minibus zu einem der nächsten Bahnhöfe z. B. in Jüterbog, Altes Lager oder Niedergörsdorf. Auch in den dünner besiedelten Gegenden von Teltow-Fläming könnten Menschen so wieder mobiler werden, ohne auf ein eigenes Auto angewiesen zu sein. Ich weiß aus eigener Erfahrung, welche große Rolle Mobilität für die Lebensqualität auf dem Land spielt. Ich habe selbst kein Auto und fahre viel Bahn, gute Anschlüsse zum Bahnhof und ein vernünftiger Takt machen den entscheidenden Unterschied.

Computer und ein Breitbandanschluss müssen zum Existenzminimum gehören und die Glasfaserinfrastruktur sollte wie jede andere kritische Infrastruktur (Strom- oder Wasserversorgung) in öffentlicher Hand sein, am besten in kommunaler Verwaltung. Dem freien Markt mit einseitigen wirtschaftlichen Interessen sollte man Netze der Daseinsvorsorge nicht überlassen. In Schweden besitzen Zweidrittel aller Kommunen ihr eigenes Glasfasernetz, eine Investition, die sich dort auch für die Kommunen lohnt, denn so bleibt die Netzrendite im Ort und dient dem Gemeinwohl.

Vor der Zukunft braucht man keine Angst zu haben, auch wenn sich viel verändert. Es gilt nur rechtzeitig die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen, damit nicht die Interessen großer Konzerne überwiegen und den sozialen Frieden gefährden. Das Schöne an der Demokratie ist, dass wir die Macht haben, das zu verhindern und die Zukunft zum Wohle aller zu gestalten.

Anke Domscheit-Berg



Anke Domscheit-Berg mit Maritta Böttcher beim Heimatfest in Kloster Zinna

Anke Domscheit-Berg kandidiert im Wahlkreis 60, dazu gehören in Teltow-Fläming die Kommunen Jüterbog und Niedergörsdorf.

Weiterführende Informationen über die Kandidatin finden sich auf ihrer Homepage www.ankedomscheitberg.de. Ihre Aktivitäten kann man auch auf Facebook (@AnkeDomscheitBerg), Twitter (@anked) oder Instagram (@adomscheitberg) verfolgen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 24. September 2017 ist Bundestagswahl. Aus meiner Sicht ist es Zeit für einen grundlegenden Politikwechsel. Am sozial-ökologischen Umbau führt kein Weg vorbei. Dass Wirtschaft und Gesellschaft so sein sollten, wie sie sind, kann heute – abgesehen von den wenigen Profiteuren des Status quo – niemand mehr behaupten.



Für DIE LINKE in den Bundestag: Carsten Preuß

In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft bewegt. Es geht um die Frage, wer entscheidet in Zukunft über unser Leben, wer entscheidet über die Art wie wir produzieren, arbeiten und konsumieren: Sind es die Konzerne oder sind es demokratisch gewählte Parlamente? Ich stehe dafür, dass es die gewählten Parlamente sind, die im Sinne des Gemeinwohls Entscheidungen für eine sozial gerechte und nachhaltige Gesellschaft treffen.

Natürlich möchten Sie wissen, mit wem sie es zu tun haben.

Geboren wurde ich 1962 in Luckenwalde, aufgewachsen bin ich im Niederen Fläming und wohne jetzt in Zossen. Ich bin verheiratet und habe einen Sohn.

Erlernt und ausgeübt habe ich den Beruf des Agrotechnikers/Mechanikers. Später habe ich Landwirtschaft und im Zweitstudium Umweltschutz an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Seit 1991 bin ich im Umweltamt der Kreisverwaltung Teltow-Fläming beschäftigt.

Seit 2016 bin ich Vorsitzender des BUND Brandenburg. Nicht nur in diesem Zusammenhang sind die Themen ökologischer Umbau der

Gesellschaft und die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung meine Schwerpunkte.

Zwischen 2009 und 2011 organisierte ich die Petition gegen die weitere Seenprivatisierung. Sie wurde von über 110.000 Menschen unterzeichnet und führte zum Stopp der Privatisierungspraxis.

Seit 2008 bin ich Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Zossen, 2011 trat ich in der Stadt zur Bürgermeisterwahl an. 2014 kandidierte

ich für die DIE LINKE bei der Landtagswahl in Brandenburg. Ich bin Vorstandsmitglied des Kuratoriums des Naturparks Nuthe-Nieplitz. Die Nationalen Naturlandschaften liegen mir am Herzen und für deren Erhalt setze ich mich ein.

Für soziale Gerechtigkeit

Die sozialen Verhältnisse in Deutschland sind ungerecht. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Dabei gibt es in Deutschland so viel Reichtum wie nie zuvor, wir müssen ihn endlich vernünftig verteilen und gerecht einsetzen.

Damit können wir ein besseres und gerechtes Land für alle schaffen, die hier leben. Deswegen brauchen wir einen Kurswechsel – vor allem bei der Steuerpolitik. In den letzten Jahren beteiligten sich die Reichen und Superreichen nur noch unzureichend an der Finanzierung des Gemeinwesens. Es muss jetzt darum gehen, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, damit allen Menschen der Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge gewährt wird.

Für eine bessere Bildung, für Gesundheit und Pflege, für einen sozial verträglichen und ökologischen Umbau, für ausreichend bezahlbaren

Wohnraum und für eine bedarfsdeckende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden.

Ich will ein Land, in dem alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. In dem das Leben für die Menschen wieder planbar ist. Ich will, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben.

Zukunft gestalten – ökologisch und sozial

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sowohl global als auch in unserem Land muss Grundlage jeder wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sein. Nur dort, wo Sozial- und Umweltbelange gleichermaßen berücksichtigt werden, kann Nachhaltigkeit flächendeckend umgesetzt werden.

Umwelt- und Klimaschutz ist auch eine Frage von sozialer Gerechtigkeit. Während umweltschädliche Industrien immer noch stark subventioniert werden, sind es vor allem die sozial Schwachen, die unmittelbar von den Folgen der Umweltverschmutzung und Klimakrise getroffen werden. Und es geht um Fragen der Ressourcenverteilung, um Fragen zu Fluchtursachen aber auch um Fragen des Verbraucherschutzes. Wenn Nitrate im Trinkwasser sind, Pestizide – wie jetzt in den Eiern –, oder Stickoxide oder Feinstaub die Atemluft beeinträchtigen, dann geht es auch um unsere Gesundheit.

Um den Ausstoß von Treibhausgasen einzudämmen, braucht es einen nachhaltigen Umbau des Energiesektors, die Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft, die auch ihre Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt wahrnimmt sowie eine Umgestaltung des Verkehrssektors weg von fossilem Individualverkehr hin zu einem flächendeckenden und günstigen öffentlichen Nahverkehr. Nach dem »Diesel-Gipfel« müssen wir uns fragen, wer denn hier in Deutschland eigentlich regiert – die Politik oder die Konzerne? Der »Diesel-Gipfel« war vor allem ein Erfolg der Automobilindustrie. Verlierer sind Verbraucher und Umwelt. Wir brauchen ein neues Konzept für eine nachhaltige Mobilität mit niedrigerem

Umsatz von Kohlenstoff und anderen Schadstoffen.

Höher-Schneller-Weiter hat ausgedient. Das allein auf Wachstum basierende Wirtschaftssystem vergrößert die Schere zwischen Profiteuren und Benachteiligten. Erforderlich ist ein sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft.

Ohne Frieden ist alles nichts

Ich möchte eine Gesellschaft, in der es gerecht, demokratisch und friedlich zugeht. In Deutschland und überall auf der Welt. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten machen mir Sorgen. Waffenexporte, Freihandel und Direktinvestitionen, Konkurrenz um knappere Ressourcen und Folgen der Klimakatastrophe führen zu Aufständen, kriegerischen Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen über die Kontinente.

Unsere Verantwortung muss eine Verantwortung für Abrüstung, friedliche Konfliktlösungen und fairen Welt-handel sein. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Krieg und die Androhung militärischer Gewalt können keine Mittel einer friedensstiftenden Politik sein. Statt momentan 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Jahr für Militärisches auszugeben, fordert die NATO sogar zwei Prozent des BIP. Ich bin gegen das von der Bundesregierung aufgelegte Aufrüstungsprogramm.

Ich will mich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen wird und nicht in neue Auslandseinsätze entsandt wird.

Derzeit ist Deutschland einer der größten Waffenexporteure. Jede Waffe, die exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes. Waffenexporte fördern Unterdrückung und machen es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. Ich will erreichen, dass die Rüstungsexporte gestoppt werden.

Carsten Preuß

Carsten Preuß kandidiert im Wahlkreis 62, dazu gehören in Teltow-Fläming alle Kommunen außer Ludwigsfelde, Jüterbog und Niedergörsdorf.

Weiterführende Informationen über den Kandidaten Carsten Preuß:

www.carstenpreuss.de

www.facebook.com/carstenpreuss.zossen

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Infostand mit Bundestagskandidatin Anke Domscheit-Berg
31.8., 9–11 Uhr, Markt Jüterbog

Infostände mit Bundestagskandidat Norbert Müller
6.9., 15.9. u. 22.9., jeweils 10–12 Uhr, Markt Ludwigsfelde

Infostände mit Bundestagskandidat Carsten Preuß
29.8., 12.9., 14.9. und 19.9., jeweils 9–11 Uhr, Markt Luckenwalde

FamilienFriedensFest am Backofen in Sperenberg, 1.9., 14–20 Uhr

Plakatierung in den Regionen
2.9.–10.9.

Sitzung der Kreistagsfraktion
4.9., 18 Uhr, Kreishaus Luckenwalde

LinksTreff mit Nadja Hocke, Leiterin v. Klubhaus, 5.9., 10 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

Stadtfest »Tetzel kommt«
9.9. ab 10 Uhr Hof der LINKEN, Markt 31 bei Firma Werbegrad, Jüterbog

Sitzung des Kreistages
11.9., 17 Uhr, Kreishaus Luckenwalde

Wahlabschlussveranstaltung
mit Diana Golze und Carsten Preuß
18.9., 19 Uhr in Blankenfelde-Mahlow, Alte Aula

Redaktion Linksblick,
20.9., 17.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle

Beratung Kreisvorstand,
20.9., 19 Uhr, Kreisgeschäftsstelle

**24.9. Bundestagswahl sowie
Bürgermeisterwahl Luckenwalde
und Nuthe-Urstromtal**

LinksTreff mit Norbert Müller,
Wahlauswertung,
5.10., 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

Sitzung der Kreistagsfraktion
16.10., 18 Uhr, Kreishaus Luckenwalde

Der Kreisvorstand hat mit Beschluss vom 1.7.2017 für den 9.12.2017 die jährliche Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes der LINKEN Teltow-Fläming nach Luckenwalde in das Klubhaus, Am Nuthefließ 2, einberufen. Beginn ist um 9.30 Uhr. Schwerpunkt der Versammlung ist die Neuwahl der kreislichen Gremien wie Kreisvorstand und Kreisfinanzrevisionskommission.

Felix Thier, Kreisvorsitzender

NACHGEFRAGT:

Norbert Müller

ist der Bundestagskandidat der LINKEN für den Wahlkreis 61. Dieser umfasst neben Potsdam auch Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Werder (Havel), Michendorf, Schwielowsee sowie Ludwigsfelde. Er ist 31 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Söhne. Bereits jetzt sitzt er als kinder- und jugendpolitischer Sprecher für DIE LINKE im Bundestag. Im Gespräch mit der Redaktion stellt er sich unseren Fragen und erläutert seine Motivation für die erneute Kandidatur.



Büro: Norbert Müller

Was motiviert Dich erneut für das Bundestagsmandat zu streiten?

Die politische Arbeit in den letzten Jahren hat eines klar gezeigt: Es macht schon einen Unterschied, ob es in unseren Gemeinden einen LINKEN-Abgeordneten gibt oder nicht. Wer sonst verhindert Schießanlagen mitten im Siedlungsgebiet, am Rande der Döberitzer Heide, setzt sich für eine lebenswerte und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Innenstadt ein und bekennt, wenn nötig, Woche für Woche Farbe gegen neue und alte Nazis. In den kommenden Jahren gilt es die Bundespolitik zu verändern, damit die Mieten wieder bezahlbar, prekäre Arbeit zurückgedrängt und Armut von Kindern, Menschen mit und ohne Arbeit und von Rentnerinnen und Rentnern überwunden wird. Daran möchte ich mit aller Tatkraft mitwirken und glaube auch, dass ich das kann.

Du bist Bundestagsabgeordneter, studierst und hast zwei Söhne im Kindergartenalter. Wie gehst du mit dieser Mehrfachbelastung um?

Meine Frau und ich wollen die Verantwortung für die Erziehung unserer beiden Kinder zu gleichen Teilen tragen. Diesem Anspruch zu genügen und gleichzeitig meine Aufgaben als Bundestagsabgeordneter im vollen Maße auszuüben, ist schon ganz schöner Stress. Ich habe ja neben meinem

Studium immer auch ziemlich viel gearbeitet und mich politisch engagiert, deswegen dachte ich, ich bekomme das schon alles irgendwie hin. Aber Bundestagsmandat und Kindererziehung sind dann eben doch was anderes. Dass ich beide Aufgaben voll erfülle und den an mich gestellten Ansprüchen gerecht werden kann, liegt sicherlich auch an der Hilfe unserer Eltern. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar. Meine Frau und ich sind aber auch ein gut eingespieltes Team. Das Studium habe ich über die vier Jahre in Mandaten quasi ruhen lassen und bin jetzt auf der Zielgeraden.

Unser Wahlkreis ist sicherlich geprägt durch die Landeshauptstadt. Welchen Handlungsbedarf siehst Du in den Umlandgemeinden?

Gemeinsam ist der gesamten Region sicherlich das Wachstum. Immer mehr Menschen aus Nah und Fern zieht es in unsere Region, was ich sehr schön finde. Die öffentliche Daseinsfürsorge hat hier jedoch leider den Anschluss verloren bzw. wurde teilweise sogar noch abgebaut. Es fehlt an Kitas, Schulen und Jugendclubs sowie an einem belastbaren öffentlichen Nahverkehr. Das können die Kommunen nicht alleine leisten. Deswegen spricht sich DIE LINKE für ein öffentliches Investitionsprogramm aus Bundesmitteln aus.

Nachgefragt hat **Angelika Linke**, Ludwigsfelde

DIE LINKE lud zur Regionalkonferenz

Reden wir über Politik!

Auch in diesem Jahr trafen sich die Kreisverbände der LINKEN Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming auf Einladung des Landesverbandes Brandenburg zur Regionalkonferenz. Ausrichter war dieses Mal Teltow-Fläming und so fanden sich die Interessierten im Ludwigsfelder Klubhaus ein. Von unseren Kreisverbänden gewünschte Gesprächsrunden waren Entwicklungsperspektiven für den ländlichen Raum, die Situation der Altanschließer und das Bundestagswahljahr 2017.

Unsere drei MinisterInnen Diana Golze, Christian Görke und Stefan Ludwig stellten sich der Diskussion und informierten über die Situation der Landespartei, die Ergebnisse

der Arbeit und weitere Vorhaben der rot-roten Landesregierung. Felix Thier machte als Kreisvorsitzender in seinen Begrüßungsworten deutlich, dass uns diverse Themen in der Region beschäftigen: fehlende Kita-Plätze, sozialer Wohnungsbau, Radwege, die notwendige S-Bahnverlängerung bis nach Rangsdorf, die von Seiten des Landes eingestellte Buslinie 618 oder auch die Entwicklung der ehemaligen Militärfläche bei Sperenberg. Er erinnerte aber auch daran, dass man bei der letzten Regionalkonferenz noch ungewiss in die Zukunft der beiden Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming blickte, Stichwort Verwaltungsstrukturreform. Nunmehr wurden aber nach vielen

Monaten intensiver Gespräche und Vorbringen unserer Argumente die Positionen der Landesregierung dahingehend verändert, dass man beiden Landkreisen eine zukunftsfeste Eigenständigkeit attestieren konnte. Deutlich machte Felix Thier auch, dass man in Teltow-Fläming die Weichen gestellt habe: Die einzige Landrätin der LINKEN in Brandenburg ist bis 2021 im Amt, die Erste Beigeordnete mit Mandat der LINKEN wird aller Voraussicht nach noch in diesem Jahr bis 2026 wiedergewählt – der Landkreis wird mit links und von Links geführt! Und an dieser Stelle kann auch erwähnt werden, dass die Erfolge da sind: Mit der LINKEN-Landrätin ist der Landkreis aus der Haushaltssicherung raus und kann wieder selbstbestimmt investieren.

Felix Thier, Luckenwalde

Nicht nur in Luckenwalde wird eine Bürgermeisterwahl stattfinden, sondern auch in Nuthe-Urstromtal.

Die Anzahl der BewerberInnen ist mit drei übersichtlich. Zur Wahl stellen sich neben der amtierenden Bürgermeisterin Monika Nestler (DIE LINKE) auch der parteilose Stefan Scheddin und Stefan Noack von der SPD.

Die amtierende Bürgermeisterin Monika Nestler kann auf 39 Jahre Berufserfahrung in der Kommunalpolitik zurückgreifen. Sie kennt die Brennpunkte in der Gemeinde und hat gemeinsam mit ihren MitarbeiterInnen und den MitstreiterInnen der Gemeindevertretung Ideen entwickelt und für Abhilfe gesorgt. Monika Nestler wurde 1953 in Luckenwalde geboren und wohnt seit 1958 in Hennickendorf. Nach der 10. Klasse lernte sie Zootechniker und absolvierte ein Studium zum Agraringenieur. Seit 1978 hat sie Bürgermeistererfahrungen gesammelt, zuerst in ihrem Heimatdorf Hennickendorf, nebenbei erwarb sie den Abschluss als Staatswissenschaftlerin, seit 1992 in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal als stellvertretende Amtsdirektorin, seit 1993 als stellvertretende Bürgermeisterin. Im Jahr 2009 ist sie zur Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthe-Urstromtal gewählt worden. Ganz aktuell ist im Moment das Problem des Radwegebaus entlang



Bürgermeisterwahl in Nuthe-Urstromtal

der L73 zwischen Luckenwalde und Dobbrikow. Schon vor 20 Jahren ist dieses Projekt das erste Mal geplant und dann wieder von der Liste gestrichen worden. Die Unterstützung aller bisherigen Landesregierungen war und ist unzureichend. Obwohl es sich hier um eine Landesstraße handelt, soll die Gemeinde die Kosten selber tragen. Das wäre selbst mit Fördermitteln nicht realisierbar. Auf die Amtszeit zurückblickend kann man aber sehen, dass viele Projekte realisiert wurden. Für die Grundschule Stülpe wurden z. B. zusätzliche Hortplätze geschaffen,

in beiden Grundschulen der Gemeinde wurden Sanierungsarbeiten durchgeführt. Das Brandschutzkonzept wurde weiter umgesetzt. Es wurde in verschiedenen Ortsteilen Feuerwehrrätehäuser neu gebaut oder saniert, z. B. in Woltersdorf als Stützpunktfeuerwehr. Durch verschiedene Straßenbaumaßnahmen wurde die Infrastruktur verbessert. Und auch in der neuen Amtszeit steht die Fortführung dieser Maßnahmen auf der »To-do-Liste« unserer Bürgermeisterkandidatin. Es wurde viel erreicht und es ist noch viel zu tun.

Wir unterstützen unsere Bürgermeisterin Monika Nestler, die sich »mit 'nem Koffer voller Ideen« zur Wiederwahl stellt.

Gabi Pluciniczak
Nuthe-Urstromtal



Monika Nestler (grünes Shirt) kämpft für einen Radweg Dobbrikow-Luckenwalde

Antwort auf den offenen Brief aus der vorherigen Ausgabe:

Lieber Genosse Ralf Köbke,

Deine kritischen Worte an den Landesvorstand, die Du auch auf der Regionalkonferenz in Ludwigsfelde geäußert hast, nehmen wir ernst. Sicher gelingt es uns nicht immer, unsere politischen Anliegen und Ziele medien- und damit massenwirksam darzustellen. Aber gerade bei der Kritik der Russland-Politik der NATO steht Matthias Platzeck nicht allein. Anfang des Jahres war es DIE LINKE, die zum Protest gegen die Verlegung einer US-Panzerbrigade nach Polen aufrief. Am Truppenübungsplatz Lehnin versammelten sich rund 150 Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei unter dem Motto »Panzer schaffen keinen Frieden – nirgends«.

Oder nehmen wir die öffentliche Debatte um die Verwaltungsstrukturreform. Ich weiß gar nicht mehr, wie viele Veranstaltungen und Diskussionsrunden ich zu diesem Thema absolviert habe. Dasselbe trifft für unsere Innenpolitiker der Landtagsfraktion zu. Und wir waren durchaus erfolgreich und konnten das Reformwerk qualifizieren und Anregungen aus den

Regionen aufnehmen. Eine dieser Änderungen ist beispielsweise, dass der Landkreis Teltow-Fläming aufgrund der neuen Einwohnerprognosen und seiner wirtschaftlichen Stärke eigenständig bleibt. Und wenn man direkt mit den Menschen ins Gespräch kommt, wird klar: Die Wenigsten unterstützen die Maximal-Forderung der Reformgegner, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Die meisten Brandenburgerinnen und Brandenburger sind weitaus realistischer und wollen Verwaltungsstrukturen, die zukunftsfest und enkelgerecht sind.

Und in einem, lieber Genosse Köbke, stimme ich Dir uneingeschränkt zu: Auch ich hoffe, dass wir in der Öffentlichkeit wirksamer werden. Die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes bietet dazu jede Menge Gelegenheit. Wir können selbstbewusst in den Wahlkampf gehen: Für eine soziale, gerechte und friedliche Gesellschaft für alle!

Christian Görke, Landesvorsitzender

DIE LINKE in Luckenwalde unterstützt Bürgermeisterin Herzog-von der Heide

Am 30. Juni 2017 fand die Gesamtmittgliederversammlung des Stadtverbandes Luckenwalde der Partei DIE LINKE statt. Die Gesamtmittgliederversammlung zog eine Zwischenbilanz zum bisher Erreichten auf der Grundlage des Stadtwahlprogrammes der LINKEN zur Kommunalwahl 2014.

Im Ergebnis einer umfangreichen Diskussion hierzu beschloss die Gesamtmittgliederversammlung die Kandidatur der Bürgermeisterin Elisabeth Herzog-von der Heide aktiv für eine neue Amtszeit zu unterstützen.

Unser Ziel, eine transparente Politik und neue Impulse für ein noch schöneres und liebenswertes Luckenwalde durchzusetzen, ist auf einem guten Weg. Luckenwalde hat sich positiv entwickelt. Viel ist erreicht, wie der Bürgerhaushalt, die Erhaltung der Arndtschule, die Kita »Burg« ist modernisiert, die Stadteinfahrten aus Richtung Jüterbog und Woltersdorf haben ein neues Gesicht, im Freibad Elsthal kann weiterhin gebadet werden. Nicht zu vergessen die große positive Öffentlichkeit anlässlich der 800-Jahrfeier der Stadt Luckenwalde im letzten Jahr. Vieles bleibt noch zu tun. Zu nennen sind beispielsweise die weitere Sanierung unseres Stadtzentrums oder die Durchsetzung aller Maßnahmen für mehr Kita- und Hortplätze.

Wir wollen und werden diese erfolgreiche Politik für unsere Heimatstadt Luckenwalde fortsetzen. Deshalb gilt unsere Unterstützung der Kandidatur von Elisabeth Herzog-von der Heide an der Spitze der Stadtverwaltung. Wir sehen darin einen wichtigen Garant für das Gemeinwohl aller, ohne dabei die sozial schwächsten BürgerInnen zu vernachlässigen.

Hartmut Ukrow

Sprecher des Stadtverbandes Luckenwalde der Partei DIE LINKE



LANDTAG UND KOMMUNE

Liebe Leserin und lieber Leser, ich grüße Sie aus dem Landtag, der parallel zu den Schulferien parlamentarische Sommerpause macht. Das heißt aber nicht, dass wir Abgeordneten genauso lange Urlaub machen. Denn schließlich machen die Probleme keine Sommerpause, sondern sie müssen geklärt werden.

Die Mietpreisbremse bremst nicht

DIE LINKE kritisiert, dass die Mietpreisbremse nicht bremst. Das Mietniveau steige vielerorts nach wie vor rasant. Viele Vermieterinnen und Vermieter halten sich nicht an die Vorgabe, wonach neue Mietverträge höchstens zehn Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen dürfen. DIE LINKE will VermieterInnen deshalb gesetzlich dazu verpflichten, WohnungsinteressentInnen gegenüber den alten Mietpreis offenzulegen. Darüber hinaus kritisiere ich, dass durch Luxussanierung alteingesessene Mieterinnen und Mieter vertrieben werden. Ein Bundesgesetz muss deshalb InvestorInnen vorgeben, sich bei der Sanierung mit der Mieterschaft abzustimmen. Der unerträgliche Trend zu immer höheren Mieten muss ein Ende haben! Letztlich geht das nur mit mehr sozialen Wohnungsneubau mit Mietpreis- und Belegungsbindung. Nur so können wir Menschen mit geringerem Einkommen eine bezahlbare Wohnung ermöglichen.

Radwegebau analysieren und weiter fördern

Radwege entlang von Landesstraßen zu bauen, ist eine berechtigte Forderung vieler Kommunen. DIE LINKE unterstützt den Radwegebau seit Jahren als eine nachhaltige Mobilitätsform im Straßenverkehr. Zum Beispiel bemühe ich mich darum, Radwege entlang der L73 im Landkreis Teltow-Fläming zu bauen. Dieser Radweg hatte bereits Priorität in

der Radwegekonzeption des Landes bis 2015 und wurde leider bisher nicht realisiert.

DIE LINKE erwartet, dass auf Landesebene Entscheidungen zur Finanzierung und Förderung der Radwege entlang der Landesstraßen getroffen werden. Diese sollten sowohl auf nachvollziehbaren Kriterien beruhen als auch mit entsprechenden Prioritäten versehen sein und in Abstimmung mit den Landkreisen offen kommuniziert werden. Das SPD-Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) ist aufgefordert darzustellen, nach welchen Kriterien die Prioritätensetzung für den Radwegebau erfolgt und in welchen Zeiträumen gebaut werden soll. Im Infrastrukturausschuss des Landtags wurden vom MIL Verfahrensweise, Bewertungskriterien und eine Terminleise zur Neubewertung der Prioritäten beim Radwegebau vorgestellt. In den Landkreisen hat es dazu Diskussionen und auch Kritik gegeben. Bemängelt wurden zu wenig Transparenz und Klarheit im Vorgehen seitens des Landesbetriebes für Straßenwesen. Aus der Darstellung im Ausschuss ziehe ich den Schluss, dass klare Kriterien unter Berücksichtigung der spezifischen örtlichen Bedingungen und eine enge Kommunikation mit den Landkreisen bei der Erarbeitung der Radwegeliste an Landesstraßen wichtig sind. Ende des Jahres sollen die Ergebnisse bekannt gegeben werden.

Tempo 30 vor Schulen und Sozialeinrichtungen durchsetzen!

Vor Schulen, Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern gilt jetzt bundesweit Tempo 30. Alle Brandenburger Landkreise müssen die Änderung der Straßenverkehrsordnung umsetzen. Tempo 30 vor Schulen, Kita-, Kranken- und Senioreneinrichtungen ist ein überfälliger Durchbruch bei der Änderung der Straßenverkehrsordnung. Falls nicht schon geschehen, muss das jetzt zügig von den kommunalen Verkehrsbehörden umgesetzt werden. Das gilt auch in den Fällen, wo Verwaltungen behauptet haben, hier läge kein Unfallschwerpunkt vor.

Mehr Grün ist mehr Wohnqualität und mehr Klimaschutz

Zur Beteiligung am Innenstadtwettbewerb 2017 »GrünStadtRaum« hat das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung aufgerufen. DIE LINKE unterstützt dieses Vorhaben

und wirbt in den Kommunen für eine breite Beteiligung. Mit dem Innenstadtwettbewerb soll die Bedeutung der Innenstädte als lebendige Orte zum Wohnen und Arbeiten gestärkt werden. Mehr Grün in unseren Kommunen ist sehr wesentlich für mehr Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere ein besseres Klima durch gestaltete Wohn-, Grün- und Sportflächen in öffentlichen Räumen tragen dazu bei. Deshalb ist es uns wichtig, nicht über die Köpfe der Einwohnerinnen und Einwohner hinweg zu entscheiden, sondern sie bereits in die Projektgestaltung einzubeziehen. Insofern sehen wir das »Programm GrünStadtRaum« als wichtigen Beitrag für nachhaltige Stadtentwicklung. So können Projekte eingereicht werden, die beispielhaft zeigen, wie die grüne Innenstadt der Zukunft aussehen könnte. Beteiligen können sich u. a. Städte und Gemeinden, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Interessengruppen sowie Stadtmarketing- und Citymanagement-Initiativen.

Mail zur Bewerbung: wettbewerb@die-raumplaner.de

Regionalverkehr auf der Schiene – für eine nachhaltige Landesentwicklung

Der Schienenpersonennahverkehr bewegt viele Menschen in unserer Region auf ihrem täglichen Weg zur Arbeit, in ihrer Alltagsmobilität und im Ausflugsverkehr. Zur Gestaltung

werden! Weichenstellungen für den Landesnahverkehrsplan sind:

- Pendlerverkehre im Berliner Umland und zur »zweiten Reihe« (besser »Anker im Raum«) an den Siedlungsachsen ausbauen und mit der Stadtentwicklung (Stadt der kurzen Wege) und mit dem Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) verzahnen
- Bahnhöfe entwickeln (Kompetenzstelle), Ausbau der Bahnhöfe Königs Wusterhausen und Pirschheide
- Anschlüsse Bus und Bahn im Taktverkehr optimieren
- Fernverkehrschancen besser nutzen
- Barrierefreiheit im SPNV (ÖPNV) voranbringen
- Dringende Investitionen sind im Schienennetz zu realisieren
- Elektrifizierung und zweigleisiger Ausbau sind die Schwerpunkte: DB AG in Verantwortung
- Neue Ausschreibungen langfristige und flexibel mit Nachsteuerungsoptionen gestalten
- Mehrverkehre bestellen, d.h. Taktverdichtungen, Zugkapazitäten anpassen, mehr Sitzplätze, Fahrradmitnahme und Infrastruktur erweitern

Das bedeutet auch mehr finanzieller Aufwand. Es ist zu klären, in welchem finanziellen Rahmen wir uns bewegen. Es wird mehr kosten, und wir wollen diesen Mehraufwand schultern. Deshalb finden



von nachhaltiger Mobilität in der Region müssen jetzt die Weichen in die Zukunft gestellt werden mit der Landesentwicklungsplanung, der Umsetzung der Mobilitätsstrategie und der Landesnahverkehrsplanung 2018-22, welche die Grundlage für die Ausschreibung der Netze für die Verkehrsverträge über 10-15 Jahre sein wird.

Die Mobilitätsbedürfnisse verändern sich, die Situation hält den gewachsenen Anforderungen nicht stand. Mobilität für alle muss besser

wir es wichtig, offen darzulegen, was kann man zügig verändern, z. B. im nächsten Fahrplan, was kann man in den nächsten Jahren geplant verändern, und welche Projekte würden bis Ende der 2020er Jahre dauern. Ebenso muss ehrlich gesagt werden, was nicht geht und warum. Die Linksfraktion beabsichtigt, Anfang des Jahres 2018 zur Landesnahverkehrsplanung Brandenburg eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen.

Ich grüße ganz herzlich und wünsche noch eine schöne Sommerzeit

Anita Tack



Benjamin und Philip Petzhold (v.l.n.r.), in der Mitte MdEP Helmut Scholz

Im Juni diesen Jahres nutzten wir, Philip und Benjamin Petzhold, ein Fortbildungsangebot der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. zum Thema EU-Handelspolitik. Die Studienfahrt führte uns für vier Tage nach Brüssel. Das Teilnehmerfeld hätte bunter nicht sein können. Vom Politik-Erstsemester über interessierte Krankenschwestern zu engagierten Lehrerinnen, war alles zu finden. Auch das Altersprofil konnte sich sehen lassen, von 18 bis 70 war alles vertreten. Allen jedoch eins gemein: Pro Europa!

Erster Tagesordnungspunkt, nach dem Flug und einem kurzen Zwischenstopp im Hotel, war die europäische Kommission. Also gleich mitten rein ins Geschehen. Drei Vorträgen zu den Themen »die Rolle der Kommission«, »Europäische Migrationspolitik« und »Aktuelle Entwicklung in der EU-Handelspolitik« schlossen sich natürlich ausführliche Diskussionen an. Nach dem Abendessen folgte noch ein gemütlicher Rundgang durch Brüssel.

Für den zweiten Tag war ein Besuch bei der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU geplant. Nach einer kurzen Einführung über die Arbeit der Vertretung in Brüssel folgten vier Vorträge, alle zum Thema Handelspolitik. Klingt erst einmal trocken. Allerdings waren die Redner jeweils aus verschiedenen Interessensgruppen. Vertreter von NGOs, der Deutschen Industrie- und Handelskammer und zwei Europaabgeordnete aus unterschiedlichen Fraktionen legten ihren Standpunkt dar und waren zu Diskussionen bereit.

Am dritten Tag der Reise nahmen wir an den European Development Days (EDD) teil. Die EDDs sind im Prinzip eine Messe an drei Tagen, über hunderten Vorträgen und genauso vielen Ausstellern. Das große

Thema war hier Entwicklungspolitik. Alle Themenfelder die irgendwie mit Entwicklung zusammenhängen wurden hier beleuchtet. So z. B. Arbeitsmarktpolitik, Bildung und natürlich auch der Handel.

Nächster Stopp am Nachmittag war dann das Europäische Parlament. Hier wurden wir vom Besucherdienst empfangen, welcher uns natürlich erst einmal über die Aufgaben des Parlamentes aufklärte. Danach folgte eine Diskussion zu Handelspolitik und Europa als Ganzes mit unserem Brandenburger LINKEN-Abgeordneten im EU-Parlament, Helmut Scholz. Er stand uns zu allen Fragen zwei Stunden Rede und Antwort. Darunter auch eine ausführliche Darstellung der Arbeitsweise eines EU-Abgeordneten und dessen beeindruckendes Zeitmanagement.

Zu guter Letzt besichtigten wir am Abreisetag das »Haus der europäischen Geschichte«. Ein hochmodernes Museum, welches erst einen Monat vorher eröffnet wurde. Ein interessanter Ausflug in alle Epochen Europas.

Insgesamt war die Reise für uns durch und durch gelungen. Die Organisation und der Ablauf waren schlicht beeindruckend. Hierfür ein großes Lob an die Veranstalter. Wir fuhren relativ unbedacht und mit normalem Vorwissen aus Tageszeitung und Nachrichten nach Brüssel. Mit Tiefeneinblicken über das Geschehen und die Arbeit in Brüssel, mit neuen Ideen und Argumenten und mit viel Wissen über die EU-Handelspolitik kamen wir zurück.

Es hat sich definitiv gelohnt und wir würden gern wieder an einer solchen Veranstaltung teilnehmen.

Benjamin und Philip Petzhold
Jüterbog

L E S E E U L E



»Das gabs früher nicht«

Ein Auslaufmodell zieht Bilanz

Bernd-Lutz Lange, der vielen bekannte Kabarettist, hat unter diesem Titel seine feinen Beobachtungen der Gegenwart denen aus vergangenen Tagen gegenüber gestellt. Mit diesem Satz »Das gabs früher nicht!« sind die meisten von uns schon konfrontiert worden, meistens Ältere gegenüber Jüngeren. Es ist auch gar nicht so einfach, in unserer schnelllebigen Zeit immer auf dem neuesten Stand der Technik zu sein, neudeutsch »up to date«. Der Autor, Jahrgang 1944, gebürtiger Sachse, plaudert locker über seine Beobachtungen.

»Früher« war Telefonieren eine Angelegenheit zwischen zwei Menschen. »Heute«, in Handy-Zeiten, hören x Menschen, Unbeteiligte mit, was nur zwei etwas angeht. So wird Öffentlichkeit informiert.

Supermarkt-Tomaten sehen wie Tomaten aus. »Die Hülle ist heutzutage allgegenwärtig käuflich – doch die Seele der Pflanze ist dahin. ... mehr Schein als Sein.«

Unter der Überschrift »Die Wortreinger« analysiert er Sinn oder Unsinn von verbotenen Wörtern; zum Beispiel ist das Wort »Zigeuner« nicht mehr gestattet, da rassistisch. Lange fragt: »Wird dann im Theater die Operette ‚Der Sinti-und-Roma-Baron‘ gespielt?«

Besonders aktuell erscheint mir die Geschichte »Der kleine Unterschied«. »Wenn Erich Honecker zur Messe nach Leipzig kam, dann merkte man das sofort am Verkehr. Die Ampeln wurden ausgeschaltet, Straßen gesperrt. Polizisten regelten den Verkehrsfluss, damit die Polit-Kohorte rasch passieren konnte. ... Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass diese Sicherheitsvorkehrungen zu toppen sind.« Lange stellt dem den Aufwand beim Bush-Besuch in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber. 20 Millionen Euro kosteten die 36 Stunden Besuch bei Angela Merkel. 12.500 Polizisten waren im Einsatz. Beim G7-Gipfel 2015 in Bayern fielen 360 Millionen Euro an Kosten an. Was wird der Autor wohl zum G20-Gipfel in Hamburg sagen? Da der Autor seine kritischen Gedanken in kurze Geschichten fasst, abwechslungsreich die Themen wählt, ist das Buch die richtige Lektüre für den Urlaub, lehrreich und oft zum Schmunzeln.

Das denkt **Ingrid Köbke**, Nuthe-Urstromtal



Bernd-Lutz Lange
Das gabs früher nicht

Gebunden mit Schutzumschlag,
349 Seiten
Aufbau Verlag
ISBN 978-3-351-03650-8
19,95 Euro

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-tf-süd.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
facebook.com/
DieLinkeRangsdorf-
Ortsverband-1605857652991866

dielinke-zossen.de
facebook.com/
DIE.LINKE.ZOSSEN

dielinke-blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe
und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

Nächste Ausgabe:

16. Oktober 2017

Redaktionsschluss: 26. Sept. 2017

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Felix Thier
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 10. August 2017
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2.000, August 2017
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.



Was ist für dich links?

Links ist für mich die Einstellung, dass jeder Mensch gleich ist. Jeder Mensch ist einzigartig und hat Respekt verdient. Außerdem bedeutet links für mich das Streben nach einer gerechteren, antikapitalistischen Welt.

Was regt dich auf?

Wenn Menschen Linksextremismus mit der LINKEN in Verbindung bringen, denn die LINKEN sind absolut gegen Gewalt jeglicher Art. Wir sollten die Menschen besser aufklären. Gewalt ist keine Lösung der Probleme, erst recht nicht, wenn sie gegen Unschuldige angewandt wird.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Die Landtagswahlen in NRW. Eine Partei die lediglich gegen Minderheiten hetzt, zieht ohne Probleme in den Landtag ein, während DIE LINKE den Einzug knapp verpasste. Ab diesem Moment wurde es für

Willkommen bei der LINKEN!

Ich bin seit Januar dieses Jahres Mitglied der Partei DIE LINKE. Am 1. Juli 2017 fand im Lothar-Bisky-Haus der Potsdamer Alleestraße 3 das alljährliche Neumitgliedertreffen der LINKEN statt. Dazu war auch ich eingeladen. Vor Ort wurden die Neankömmlinge von prominenten Vertreterinnen und Vertretern unserer Partei begrüßt. Dazu zählten die Genossen Anja Mayer, Landesgeschäftsführerin der Partei, Ralf Christoffers, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Landtag und Thomas Domres, parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion. Letztere berichteten ausführlich über den parlamentarischen Alltag und die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Neben diesen Schwerpunkten waren für mich vor allem die Aussagen zum Umgang mit der AfD, sowohl innerhalb wie außerhalb des Parlaments, interessant und aufschlussreich.

Genosse Domres kritisierte insbesondere die destruktive und man-

VORGESTELLT:

Tom Siedenberg, geb. am 17. April 1997 in Luckenwalde
Er arbeitet als Auszubildender bei der IHK Berlin und ist seit Mai 2017 Mitglied der LINKEN

mich offiziell, dass ich der LINKEN beitreten werde.

Wie gern lebst du hier?

Ich lebe sehr gern in Deutschland. Die Wirtschaft ist stabil und man kann in Frieden leben, ohne jeden Tag Angst um sein Leben zu haben. Auch wenn nicht alles perfekt ist, bin ich trotzdem froh, das Privileg zu haben, hier leben zu dürfen. Ich wünsche mir allerdings, dass es mehr Menschen gibt, die andere Menschen unterstützen und nicht nur an ihr eigenes Wohl denken.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ehrlichkeit, Toleranz und Respekt. Es ist nicht richtig durch Lügen und Intrigen nach oben zu kommen. Es ist auch nicht richtig sich selbst zu belügen. Jeder sollte seinen Weg mit diesen drei Eigenschaften gehen. Dann wäre die Welt um einiges gerechter.

Wie soll Jüterbog in zehn Jahren aussehen?

Wovon träumst du?

Ein großes Thema für mich ist der Verkehr in Jüterbog. Es sollte bessere Alternativen geben, um Baustellen zu umfahren. Momentan ist es häufig so, dass der Umweg sehr

lang ist. Das könnte man jedoch ändern, wenn man Einbahnstraßen für einen gewissen Zeitraum aufheben würde. Aber vor allem träume ich davon, dass sich Menschen verschiedenster Kulturen verstehen und kein Hass geschürt wird.

Was bedeutet für dich Kunst und Kultur?

Als erstes denke ich an Musik. Musik verbindet die Menschen dieser Welt. Musik gibt einem Kraft, auch wenn es mal nicht so gut läuft. Sie vereint Kunst und Kultur. Ohne Musik wäre die Welt viel zu grau.

Das Gespräch führte
Maritta Böttcher



Ulrich Wunderlich, mehr als zehn Jahre Vorsitzender unserer BO Trebbin und Annerose Gerecke als seine Stellvertreterin, haben den Staffelnstab übergeben. Wir danken für die geleistete Arbeit zum Wohle unserer Partei!

gelhafte Arbeit der AfD im Parlament. Er betonte aber im Gegenzug auch: »Eine bloße Diffamierung der AfD, wenngleich sie aufgrund ihres parlamentarischen Zutuns, einiger Tendenzen innerhalb dieser Partei und Äußerungen ihrer Vertreterinnen und Vertreter gerechtfertigt wäre,



ist nicht zielführend. Wir dürfen die Diskussion nicht scheuen und müssen die AfD inhaltlich stellen! Dort ist sie verwundbar.« Im Anschluss daran wurde den Neumitgliedern in angenehmer, lockerer Atmosphäre Raum gegeben sich untereinander vorzustellen und ihre Beweggründe, welche sie/ihn dazu gebracht haben in die Partei einzutreten und welche Erwartungen damit verbunden

sind, zu äußern. Konsens war, dass von der Partei DIE LINKE erwartet wird, dass sie unser Land sozialer, gerechter und friedlicher gestalten kann, als jede andere Partei. Das ist unser Anspruch und sollte es auch zukünftig bleiben!

Darüber hinaus bestätigten die Äußerungen unserer Neumitglieder an diesem Tag die Glaubwürdigkeit und Integrität unserer Partei und deren Arbeit der letzten Jahre. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Die Mittagspause und Hausbesichtigung wurden genutzt, um noch einmal mit einzelnen Genossinnen und Genossen ins Gespräch zu kommen und erste Kontakte zu knüpfen. Anschließend gab uns Kirsten Tackmann, Spitzenkandidatin der Brandenburgischen LINKEN, Infos zur kommenden Bundestagswahl. Beendet wurde der Tag mit einem entspannten Grillen im Hof des Hauses. Die Aufnahme der »Partei-Küken« ist meines Erachtens nach geglückt. Schön dabei zu sein.

Martin Zeiler, Luckenwalde